

Niema Movassat

- (A) chen. Aber ziehen Sie daraus doch bitte den richtigen Schluss. Auch das TRIPS-Abkommen, auf das Sie sich positiv beziehen, gefährdet Menschenleben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir brauchen hier eine grundlegende Revision, die den Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten gewährleistet. Die Gesundheit und das Überleben der Menschen in den Entwicklungsländern müssen Vorrang vor den Interessen von Konzernen haben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern muss die EU – das wäre ein kleiner Schritt in die richtige Richtung – beim Freihandelsabkommen mit Indien auf die Verlängerung von Patentlaufzeiten verzichten. Das würde Hunderttausende Menschenleben retten. Insgesamt müssen sich die Bundesregierung und die EU für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung einsetzen. Denn nur dann können Entwicklungsländer funktionierende Gesundheitssysteme aufbauen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nur 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens wären nötig, um die deutsche Zusage zur Erreichung der Millenniumsziele im Gesundheitsbereich zu erfüllen. Wir sind heute bei gerade einmal 0,03 Prozent. Frau Weiss, eine aktuelle Umfrage zeigt, dass die deutsche Bevölkerung durchaus bereit ist, mehr Geld in die Entwicklungshilfe zu stecken.

- (B) (Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Schön wäre es!)

Der politische Wille dazu ist nötig; denn es ist finanzierbar. Wir, die Linke, haben hier die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und den Stopp von Rüstungsprojekten als Finanzierungsmöglichkeit vorgeschlagen. Dafür wäre es jedoch notwendig, dass Sie sich endlich davon verabschieden, die Interessen der deutschen Wirtschaft, etwa der Pharmaindustrie, der Banken und der Rüstungsindustrie, über die Interessen der Menschen in den Ländern des Südens zu stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Leider sind Sie dazu offensichtlich nicht bereit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Für die FDP-Fraktion hat das Wort die Kollegin Dr. Christiane Ratjen-Damerau.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Dr. Christiane Ratjen-Damerau (FDP):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Deutschland erfüllt als drittgrößter Geldgeber selbstverständlich seine Pflicht im Sinne der weltweiten Solidarität und Gerechtigkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Unser Ziel ist es, die Gesundheit der Weltbevölkerung, insbesondere der benachteiligten Regionen unserer Welt, deutlich zu verbessern.

Allein das Problem der schlechten Gesundheitsversorgung von Frauen in der Dritten Welt trifft uns und ruft uns zum Handeln auf. Die hohe Mütter- und Kindersterblichkeit macht uns ganz besonders betroffen. Es ist aber schon ein unglaublicher Erfolg, dass beim letzten G-8-Gipfel das Erreichen der Millenniumsziele im Mittelpunkt stand.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Ja, ohne Konsequenzen!)

– Nun warten Sie doch ab! Ich fange erst an; ich bin erst beim ersten Absatz.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Maßgeblich ist das übrigens der Bundeskanzlerin Angela Merkel zu verdanken. Sie hat dafür gesorgt, dass die Mütter- und Kindergesundheit in den Entwicklungsländern das zentrale Thema auf diesem Gipfel war.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Weltgesundheitsversammlung hat bei ihrem letzten Treffen im Mai eine Resolution zur Verfügbarkeit, Sicherheit und Qualität von Blutprodukten verabschiedet. Wenn man bedenkt, dass nur 56 Prozent der Testungen von circa 81 Millionen Blutspenden in 178 Ländern pro Jahr auf Krankheitserreger wie HIV oder Hepatitisviren internationalen Standards entsprechen, dann erkennt man, dass diese Resolution ein wichtiger Schritt im Hinblick auf die Verbesserung dieser schlechten Lage ist. Die Zahl der Blutspenden, die gar nicht oder nicht ausreichend getestet werden – weltweit jährlich 28 Millionen –, muss drastisch gesenkt werden. Das gilt gerade auch im Hinblick auf die hohe Sterberate von Frauen in den Entwicklungsländern: Sie ist oft auf einen Mangel an sicheren Blutkonserven zurückzuführen; durch eine bessere Testung kann sie eingedämmt werden.

(D)

Die WHA hat sich im Mai auch auf anderen Feldern mit den Millenniumszielen der Mütter- und Kindergesundheit intensiv beschäftigt. Wie Sie richtig festgestellt haben, konnten wir bis heute trotz aller sonstigen Erfolge gerade bei diesen wichtigen Zielen keine akzeptablen Ergebnisse erreichen: Noch immer erleben 9 Millionen Kinder pro Jahr nicht ihren fünften Geburtstag; noch immer sterben eine halbe Million Mädchen und Frauen an Komplikationen während der Schwangerschaft oder Entbindung.

Richtig ist aber, dass die Stärkung der Gesundheitssysteme vorangetrieben werden muss. Dies betrifft insbesondere die Forschung zur Medikamentenversorgung bei vernachlässigten Krankheiten und ihre Umsetzung. Mit einem systemischen Ansatz könnte hier vieles besser erreicht werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der SPD, es ist allerdings interessant, wie schnell Sie Ihre Betrachtungs-

**Dr. Christiane Ratjen-Damerau**

- (A) weise geändert haben. Es war doch Ihre Ministerin, die die Aufteilung bilateral zu multilateral im Verhältnis von einem Drittel zu zwei Dritteln für unantastbar erklärt hat.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch der größte Quatsch! – Ulrich Kelber [SPD]: Das hat Ihnen aber jemand falsch aufgeschrieben!)

– Ja, wahrscheinlich. Soll ich den Satz noch einmal vorlesen? – Es war doch Ihre Ministerin, die die Aufteilung multilateral zu bilateral im Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel für unantastbar erklärt hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das waren die Haushälter aller Fraktionen, das Parlament! Meine Güte!)

– So, ich habe es noch einmal vorgelesen.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Raabe?

**Dr. Christiane Ratjen-Damerau (FDP):**

Nein.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Da brauchen Sie gar nicht zu lachen! Das sind doch Fakten! – Zuruf von der SPD: Es steht wohl nicht auf dem Zettel, was dann zu antworten ist!)

- (B) Schön ist aber, dass wir jetzt einer Meinung sind. In unserem Koalitionsvertrag steht: Wir wollen eine Verteilung der bilateralen sowie der europäischen und multilateralen Leistungen Deutschlands im Verhältnis von zwei Dritteln zu einem Drittel erreichen, um die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen Entwicklungspolitik zu erweitern und den Wirkungsgrad der eingesetzten Haushaltsmittel zu erhöhen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Bundesregierung steht zu diesen multilateralen Verpflichtungen.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Aha! Haben Sie die Mittel deswegen um 4 Millionen Euro gekürzt?)

Die Arbeit des Global Fund, der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung und der anderen Organisationen wird hoch geschätzt und nicht infrage gestellt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Erhöhung der Mittel im Haushalt 2010 um 4 Millionen Euro hat das gezeigt.

Aber es ist angesichts unserer Haushaltslage doch mehr als unseriös, geradezu unverantwortlich, eine Verdopplung des Global-Fund-Anteils in diesem Einzelplan zu fordern, ohne dass Sie auch nur ansatzweise sagen, woher das Geld kommen soll.

- (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Doch! Transaktionssteuer! Wir haben die Instrumente doch genannt!) (C)

Zu Ihren Forderungen nach dem TRIPS-Abkommen möchte ich nur sagen, dass Sie sich nicht immer einseitig zum Sprachrohr der NGOs machen lassen sollten.

(Uwe Kekeritz [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Oh!)

Beurteilen Sie die Diskussion einmal verantwortlich und vor allem gesamtpolitisch.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Aber man sollte sich auch nicht zum Sprachrohr der Pharmaindustrie machen lassen!)

– Dazu komme ich jetzt; Moment. – Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines möchte ich an dieser Stelle deutlich sagen: Allein der Verzicht auf Patente bringt kein Heil über diese Welt. Ein Unternehmen, das aus seinen Aufwendungen für die Forschung keinen Gewinn mehr erzielt, kann auch nichts mehr entwickeln.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Ja! Aber da ist die Pharmaindustrie schon weiter! Die machen Produktentwicklungsgesellschaften!)

Unternehmen sind nicht unsere Feinde, sondern sie helfen auch aus eigenem Antrieb, Innovationen und Wohlstand zu schaffen.

(Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Na ja!)

Es muss ein Ausgleich geschaffen werden. Natürlich sind wir uns völlig einig, dass insbesondere die armen Länder einen möglichst umfassenden Zugang zu Medikamenten bekommen müssen. Aber auch hier unterscheiden wir uns in dem Wie. Ich denke, es ist an der Zeit, dass die Entwicklungszusammenarbeit ganzheitlich und vor allem rationaler angegangen wird. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Karin Roth [Esslingen] [SPD]: Aha! Wieso das denn? Die Pharmaindustrie arbeitet doch schon international!)

Damit nachhaltige Erfolge erzielt werden können, müssen gesundheitspolitische und handelspolitische Ziele in einer Balance zueinander stehen. Ein gutes Modell wäre der Verzicht auf Patentrechte innerhalb des WHO-Netzwerkes, also bei staatlichen Laboratorien. Ich denke, dass wir uns darauf einigen könnten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Nun noch ein abschließendes Wort zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bei allem Dank für das Lob, das Sie der Arbeit der Bundesregierung in diesem Antrag zollen, hat der AwZ zu Recht mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen die Ablehnung dieses Antrages beschlossen.

(Beifall des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

Meine Kollegin Helga Daub hat bei der ersten Lesung dieses Antrages bereits auf die maßgeblichen Unter-

**Dr. Christiane Ratjen-Damerau**

- (A) schiede unserer Auffassungen hingewiesen. Sowohl das BMZ als auch die FDP-Fraktion betrachten das bloße Geldgeben sehr differenziert. Ohne deutlich mehr Transparenz und Effizienz in der Entwicklungspolitik als bisher wird es keine zukunftsweisenden, langfristigen Erfolge geben.

(Beifall des Abg. Harald Leibrecht [FDP])

Die Effizienz der Mittel muss an erster Stelle stehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

**Dr. Christiane Ratjen-Damerau (FDP):**

Noch ein Satz. – Good Governance und damit der verantwortungsvolle Umgang mit Geldern ist eine Voraussetzung für das Wirken von sektoraler Budgethilfe. Daher können wir Ihrer Forderung nach sektoraler Budgethilfe zur Stärkung des Gesundheitssystems nicht zustimmen

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ui!)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Das Wort zu einer Kurzintervention hat der Kollege Dr. Raabe.

- (B) **Dr. Sascha Raabe (SPD):**

Frau Kollegin, ich habe ja Verständnis dafür, dass Sie noch nicht lange im Bundestag sind. Sie haben gerade Ihre zweite Rede gehalten. Wenn Sie aber – auch wenn es erst Ihre zweite Rede war – eine Behauptung aufstellen, die nachweislich unwahr ist, muss ich von Ihnen fordern, dass Sie das richtigstellen.

Ich bin seit 2002 Mitglied dieses Hauses und gehöre seitdem auch dem Entwicklungsausschuss an. Ich habe in der Zeit, in der Ministerin Heide Wiecek-Zeul Verantwortung hatte, jeden Haushalt ihres Ministeriums zusammen mit ihr aufgestellt.

(Holger Haibach [CDU/CSU]: Hört alle gut zu! Das ist ein wichtiger Mann! – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Das hört sich so an, als hätte sie unter Ihnen gedient! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Oh! Oh!)

– Wir waren seit 2002 – daran werden Sie sich noch erinnern – immer an der Regierung und hatten somit auch die Verantwortung, für eine Mehrheit für den Haushalt zu sorgen.

Es gibt keine einzige Aussage der Ministerin, dass sie nur ein Drittel der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit, wie Sie behauptet haben, für multilaterale Ausgaben zur Verfügung stellt. Ganz im Gegenteil, diese Ministerin hat im Haushaltsausschuss sehr oft interveniert, und zwar erfolgreich, sodass wir insbesondere im multilateralen Bereich immer wieder Mittelsteigerungen zu verzeichnen hatten.

Gerade im Hinblick auf den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria hat Ministerin Heide Wiecek-Zeul immer durchgesetzt, dass die Mittel hierfür erhöht wurden. Sie haben die Ein-Drittel/zwei-Drittel-Regelung in Ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Stehen Sie dazu, und nehmen Sie Ihre Behauptung zurück, oder weisen Sie nach – das werden Sie aber nicht können –, dass Ministerin Heide Wiecek-Zeul jemals gesagt hat, das sei unantastbar. (C)

Das ist Quatsch. Wir stehen zu einer sinnvollen multilateralen Entwicklungspolitik. Ich bitte Sie, diese unwahre Behauptung zurückzunehmen.

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Wollen Sie antworten, Frau Kollegin? – Nein.

(Dr. h. c. Gernot Erler [SPD]: Sie hat ja keinen Zettel! Sie kann nicht anders!)

Das Wort hat nun der Kollege Uwe Kekeritz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Uwe Kekeritz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Frau Weiss, ich möchte kurz Ihren Lieblingsbegriff aufgreifen, den Sie immer wieder gebrauchen, auch im AwZ. Sie sprechen ständig von Ehrlichkeit. Sie wissen, dass die ODA-Quote 40-jähriges Jubiläum hat und dass sich jede Bundesregierung eindeutig zur ODA-Quote bekannt hat. Daher gehört es zur Ehrlichkeit, alles zu tun, um die ODA-Quote zu erreichen. Das sehe ich momentan aber nicht. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es gibt noch immer keinen Stufenplan. Deswegen ist Ihr Appell an die Ehrlichkeit etwas fragwürdig.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Das habe ich in Ihrer Regierungszeit auch nicht gesehen!)

– Das ist kein Widerspruch zu meiner Aussage.

Kommen wir zum G-8-Gipfel. Die Kanzlerin hat dort großzügig 400 Millionen Euro zugesagt. Wir hatten den Eindruck, dass es sich dabei um frisches Geld handelt. Ich habe nicht daran geglaubt, beim BMZ nachgefragt und als schriftliche Antwort bekommen:

Ob sich durch aktuelle oder künftige G-8-Zusagen Anpassungserfordernisse ergeben, kann derzeit nicht ausgeschlossen werden.

Ins Deutsche übersetzt heißt das: Es wird an anderer Stelle gekürzt. Während die gesundheitlichen Aspekte gestärkt werden sollen, sollen zum Beispiel die Mittel für die Ernährung, die Wasserversorgung oder die Schulbildung gekürzt werden. Ich denke, auch das hat nichts mit Ehrlichkeit gegenüber den betroffenen Menschen zu tun.